

# «Die Stadt steht in der Pflicht, das wird sonst nur immer schlimmer»

**PENSIONSASSE** Die frühere TV-Wirtschaftsjournalistin und Rapperswiler FDP-Stadträtin Marianne Fassbind ist seit Anfang Jahr Präsidentin der Pensionskasse der Stadt Winterthur. Ist sie unabhängig genug für diesen Job? Muss die Stadt 144 Millionen zahlen? Oder integriert man die Kasse besser bald in die BVK?

Frau Fassbind, willkommen in Winterthur. Man suchte unabhängige externe Fachleute für die Winterthurer Pensionskasse – und der Stadtrat kam auf Sie. Eine Fachfrau sind Sie, extern auch. Aber sind Sie in einem so stark politisierten Umfeld auch unabhängig als FDP-Mitglied? Marianne Fassbind: Ich bin komplett unabhängig. Es stimmt: Ich habe eine liberale Haltung. Aber dass ich jetzt in Winterthur eine parteipolitische Haltung einnehmen würde, das geht gar nicht. Von bürgerlicher Seite wurde hier in Winterthur kritisiert, der Pensionskassen-Stiftungsrat sei zu SP-lastig. Spielt die Mitgliedschaft oder Affinität zu einer Partei eine Rolle in so einem Amt?

Das scheint in Winterthur etwas speziell zu sein. In Rapperswil-Jona habe ich das überhaupt nicht so wahrgenommen. Der Parteidanke spielte dort gar keine Rolle. Das ist offensichtlich anders in Winterthur. Aber ich schaue das Problem objektiv an aufgrund meiner Erfahrung. Ich lasse mich nicht von Parteimeinungen be-

einflussen. Ich muss als Präsidentin für die Pensionskasse denken. In Rapperswil-Jona, sagen Sie, sei die Diskussion rund um die Pensionskasse nicht so politisiert wie hier. Warum nicht?

Die Pensionskasse Rapperswil-Jona war nicht in einer Unterdeckung, sie ist gut aufgestellt, und der Arbeitgeber muss keine Sanierung mittragen wie jetzt in Winterthur – was letztlich halt den Steuerzahler belastet. Muss die Stadt als Arbeitgeberin diese Sanierung übernehmen? Ist sie verpflichtet, diese 144 Millionen Franken zu zahlen?

Das Problem ist so: Die Kasse wurde damals, als man sie in die Selbstständigkeit entlassen hat, nicht ausfinanziert. Man war aus heutiger Sicht zu optimistisch beim Festlegen der technischen Parameter und Leistungen. Der Deckungsgrad war nicht bei 100 Prozent, deshalb mussten der Arbeitgeber und die Arbeitnehmer von Anfang an Sanierungsbeiträge bezahlen. Die 144 Millionen, die verlangt werden, sind eigentlich das Geld, das man stän-



«Eine Überwälzung der Kosten auf die aktiven Arbeitnehmenden käme einer ungerechtfertigten Umverteilung zu deren Lasten gleich.»

Marianne Fassbind, Stiftungsratspräsidentin Pensionskasse der Stadt Winterthur

dig verliert, weil man die Renten auszahlen muss. Eine Überwälzung dieser Kosten auf die aktiven Arbeitnehmenden käme einer ungerechtfertigten Umverteilung zu deren Lasten gleich. Die Stadt als Arbeitgeberin steht hier gegenüber ihren Angestellten in der Pflicht, wie das auch bei anderen Pensionskassen so wäre.

Daran führt kein Weg vorbei, sagen Sie: Die Stadt muss diese 144 Millionen jetzt zahlen?

Ja, da führt kein Weg vorbei. Das wird sonst nur immer schlimmer. Jedes Jahr, das unter diesen Umständen vergeht, lässt diese Summe grösser werden.

Würde sich etwas an dieser Verpflichtung ändern, wenn man zur BVK wechseln würde?

Nein, natürlich nicht. Die BVK würde dieses Geld genau gleich auch verlangen. Würde man später je zur BVK wechseln, würde dieses Geld natürlich angerechnet, verloren wäre das nicht. Letzte Woche wurde in Winterthur ja darüber gesprochen, ob es sinnvoller wäre, wenn sich die Pensionskasse der grösseren Zürcher BVK anschliessen würde. Ist das in Ihren Augen sinnvoll?

Ich kann dazu nur über meine Erfahrungen aus Rapperswil-Jona etwas sagen. Man darf nicht glauben, man müsse keine Sanie-

rungsbeiträge mehr zahlen, wenn man mit einem Grösseren zusammen ist. Die BVK ist genau den gleichen Risiken ausgesetzt auf dem Anlagenmarkt wie die Winterthurer Kasse. Sollte die BVK in eine Unterdeckung geraten, muss man die Sanierung auch zahlen. Aber es ist dann keine politische Diskussion und Verantwortung mehr, sondern man bekommt einfach eine Rechnung zugeschickt, die man bezahlt. Die Verpflichtung bleibt? Genau.

Können Sie zur allfälligen Integration in die BVK schon etwas sagen?

Nein, denn der definitive Preis einer solchen Integration liegt

noch nicht auf dem Tisch. Die jetzigen Zahlen basieren auf 2017.

Die städtische Pensionskasse wurde erst vor fünf Jahren selbstständig, und jetzt denkt man schon über ihr Ende nach. Das scheint eher unkoordiniert. Wie kommt das bei Ihnen an?

Ich habe die Diskussionen damals nicht mitbekommen, deshalb will ich nichts dazu sagen. Nur dies: Die Winterthurer Kasse ist keineswegs klein. Natürlich bietet eine grosse Kasse Vorteile, aber man verliert auch die Nähe und die Autonomie. Das waren unsere Kriterien damals in Rapperswil, als wir uns für eine autonome Kasse entschieden.

Interview: Martin Gmür

## ZUR PERSON

Marianne Fassbind ist auf dieses Jahr hin als Ersatz für Stadträtin Yvonne Beutler neu im Stiftungsrat der Pensionskasse der Stadt Winterthur und wurde zur Präsidentin gewählt. Sie löst damit turnusgemäss den Arbeitnehmervertreter Jorge Serra im Präsidium ab. Die studierte Ökonomin Marianne Fassbind arbeitete zunächst bei einer Bank als Analystin, ging dann als Journalistin zur Wirtschaftszeitung

«Cash». Während vier Jahren war sie zudem FDP-Stadträtin und Finanzvorsteherin in Rapperswil-Jona zur Zeit der Fusion. Seither ist sie dort in der Pensionskasse Präsidentin der Anlagekommission. 2004 wechselte sie als Wirtschaftsredaktorin zu SRF, wo sie als Arbeitgebervertreterin auch in der Pensionskasse Einsitz nahm. Heute arbeitet die 58-Jährige in einer Kommunikationsfirma. *mgm*



Viel ist von der alten Villa Matilda an der Konradstrasse 5 nicht mehr zu sehen. Mit schweren Gerätschaften werden die Wände abgebrochen.

Foto: Marc Dahinden

## Historische Villa weicht einem Wohnblock

**BAU** Die wohl 1891 erbaute Villa Matilda wird derzeit abgerissen. Sie macht Platz für 20 Seniorenwohnungen der Atlas-Stiftung.

An der Konradstrasse 5 klafft zurzeit eine Lücke – dort, wo früher die Villa Matilda stand. Das Haus gehörte 100 Jahre lang der Handelsfamilie Welti. Diese verkaufte das Grundstück der Atlas-Stif-

fung, die auch das private Alterszentrum Konradhof nebenan besitzt. Die Stiftung plant auf dem Grundstück für rund 8 Millionen einen Neubau, der etwa 22 Meter hoch und 40 Meter lang sein wird. In diesem entstehen rund 20 generationengerechte Zwei- und Dreizimmerwohnungen für ältere Menschen.

Die Atlas Stiftung hat Anfang Jahr mit dem Rückbau der Villa

Matilda begonnen. In einem ersten Schritt wurden Gebäudeinstallation und Dachstock entfernt, es folgen die Mauern, die mit schweren Gerätschaften abgebrochen werden. Aufgrund dieser Arbeiten sind die Gartenanlagen auf der Südseite der Residenz Konradhof im Moment nicht nutzbar. Laut einer Mitteilung der Atlas-Stiftung soll aber nach Bauende wieder ein begrünter

Aussenraum geschaffen werden. Zudem entstehen 13 Autoabstellplätze und mindestens 59 Veloparkplätze.

**Baustart im März**

Ende Februar sind die Abbrucharbeiten voraussichtlich abgeschlossen, Anfang März soll der Aushub für den Neubau starten.

Mit der Villa Matilda verschwand eines der letzten

herrschaftlichen Häuser in Bahnhofsnähe. Zusammen mit einem bereits abgebrochenen Nachbarhaus wurde es vermutlich 1891 erbaut.

Trotzdem erachtete die Denkmalpflege die Villa nicht als schützenswert. Man kam zum Schluss, es sei nicht sinnvoll, das Objekt zu schützen, weil an dieser Stelle eigentlich verdichtet werden soll. *mif*

## Mattea Meyer tritt zurück

**POLITIK** Die SP Winterthur fasst zweimal die Ja-Parole zu zwei Vorlagen, über die bald abgestimmt wird: Einstimmig befürwortet sie den Kredit für die SBB-Tageskarten, die die Stadt anbietet. Anders bei der Auslagerung des Theater Winterthurs in eine gemeinnützige Aktiengesellschaft. Dort gab es auch Gegenstimmen. Mit 30:10 befürwortet jedoch eine klare Mehrheit der Mitgliederversammlung die Theater AG. Dass ein guter Gesamtarbeitsvertrag fürs Personal ausgearbeitet worden sei, die Theaterdirektion grösseren organisatorischen Spielraum bekomme und besser planen könne, habe letztlich den Ausschlag für ein Ja gegeben, so die SP in ihrer gestrigen Mitteilung.

Darin kündigt zudem Mattea Meyer (31) ihren Rücktritt per Ende März von ihren lokalen Mandaten an. Meyer sass elf Jahre in der SP-Geschäftsleitung, war elf Jahre Vize- und fünf Jahre Co-Präsidentin. Sie habe ihr Amt «leidenschaftlich gerne» ausgeübt. Doch nun sei die Zeit gekommen, um zurückzutreten. Sie werde Winterthur «weiterhin erhalten» bleiben, konzentriere sich nun aber auf die Bundespolitik. Meyer wurde vor gut drei Jahren in den Nationalrat gewählt. *hit*

## In Kürze

**CROWDFUNDING** 133 000 Franken für Handballverein

Pfadi Winterthur ist in Finanznot und muss bis Ende März 400 000 Franken auftreiben. Gestern Abend stand der Spendenähler auf der Internetseite lokalhelden.ch auf 133 000 Franken. Gestartet wurde die Aktion am 15. Januar. *kir*